

ANALYSE:

Defacto-Fortbestand des republikanischen Schutzwalls gegen Marine Le Pen

Im zweiten Durchgang der landesweiten Departement-Wahlen scheiterte der Front National auch in seinen Hochburgen an der partei-übergreifenden Ablehnung durch eine Mehrheit der französischen Wähler. In wieweit dieser Damm auch in Zukunft hält, hängt vor allem von der Entwicklung am Arbeitsmarkt ab.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Aus der Ferne betrachtet mag Frankreichs Polit-Geschehen einigermaßen verwirrend erscheinen. Da wird monatelang der Aufstieg von Marine Le Pen als quasi unwiderstehlich wahrgenommen, um dann plötzlich, bei Ausgang der landesweiten Wahlen für Frankreichs urchälteste Verwaltungseinheit, die Departements, zu erfahren, dass ihr Front National (FN) gehörig floppte.

In keinem einzigen der insgesamt 101 Departements kam der FN vergangenen Sonntag, im zweiten Durchgang dieser Wahlen, ans Ruder. Von 2000 zu vergebenden Grund-Mandaten errang der FN sage und schreibe 66. Dabei war der FN im ersten Wahlgang, eine Woche zuvor, auf ein Viertel der Wählerstimmen gekommen, nachdem er bei den EU-Wahlen im Vorjahr ebenfalls 25 Prozent erlangt hatte – ein Rekord-Ergebnis, das den FN dazu verleitete, sich auf Plakaten als „Erste Partei Frankreichs“ zu feiern.

Jetzt aber triumphierte der konservativ-liberale Block des erst kürzlich in die Politik zurückgekehrten Ex-Staatschef Nicolas Sarkozy, den Rivalen und allen voran Marine Le Pen bereits politisch totgesagt hatten. Der talentierte Stehgreif-Redner absolvierte eine ebenso untergriffige wie rechtslastige Intensiv-Kampagne. Danach erlangte sein bürgerlicher Block eine satte Mehrheit von 66 Departements und halbierte damit die vormalige SP-Mehrheit. Aber gemessen an der Enttäuschung und dem Frust, der Präsident Francois Hollande nach drei Amtsjahren und einem steten Anstieg der Arbeitslosenzahl (von 3 auf 3,5 Millionen Jobsucher) entgegenschlägt, grenzt sogar das Bewahren von 31 Departements für die Sozialisten an ein Wunder. Das Mysterium verdichtet sich, wenn man berücksichtigt, dass einer dieser SP-Departements ein Neugewinn ist – etwas was dem Umfrage-Favoriten FN verwehrt blieb.

Wie passt das zusammen? Eine wichtige Rolle spielte das Wahlsystem, bei dem pro Kanton (die Grundeinheit, aus der sich die Departements zusammensetzen) im zweiten Durchgang nur ein Mandat vergeben wird, und zwar an die örtlich stärkste Partei. Die für die übrigen Parteien abgegebenen Stimmen sind praktisch verloren, es gibt kein Reststimmverfahren. So gingen etliche FN-Kandidaten mit sehr hohem Stimmenanteil (bis zu 40 Prozent) unter.

Das bedeutet aber auch, dass der FN, trotz seines berausenden Anstiegs, noch immer von einer partei-übergreifenden Mehrheit der Franzosen abgelehnt oder zumindest mit schwerem Misstrauen beäugt wird. Linke Wähler stimmen notfalls für bürgerliche Kandidaten, oder bürgerliche Wähler für linke Kandidaten, um einen FN-Sieg zu verhindern. Im Allgemeinen ist dieser Reflex bei linken Wählern ausgeprägter als im bürgerlichen Milieu,

wo ein beträchtlicher Teil, namentlich Stammwähler der konservativen UMP, gelegentlich sogar für den FN stimmen. Außerdem hatte diesmal die UMP-Führung um Sarkozy diese gegenseitige Unterstützung von links und bürgerlich für den Fall eines drohenden FN-Siegs abgelehnt und durch die Formel des *ni-ni* (Weder-noch) ersetzt: also weder Unterstützung für die Sozialisten noch für den Front National. Nur die SP-Führung und Zentrums Politiker (einige davon auch in den Reihen der UMP) hatten an der Tradition der gegenseitigen Solidarität gegen Rechtsaußen festgehalten.

In der Wähler-Praxis, vor allem bei älteren Generationen, lebt diese Tradition aber fort. Jüngere Generationen gelangen aus logischer Überlegung zu dieser Haltung, wenn sie Marine Le Pen und den Front National als übergeordnete Gefahr für den Zusammenhalt der französischen Demokratie und die verbliebenen wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften betrachten oder schlicht die FN-Klicke für nicht regierungsfähig halten. Es handelt sich also um einen oder wenn auch schwächeren oder De-facto-Fortbestand des republikanischen Schutzwalls (so die in Frankreich geläufige Terminologie). Der Fortbestand dieses Wählerreflexes rückt die Perspektive eines künftigen Machtantritts von Marine Le Pen wieder in den Bereich rechtsrechter Illusionen oder vorerst. Damit aus diesem vorerst ein *ni-ni* wird, gibt es nur eine Lösung: eine Trendumkehr auf dem dahinsiechenden französischen Arbeitsmarkt.